

Bolivien: Bericht über drei Tage des Kampfes der UNATSBO um das neue Kinder- und Jugendgesetz

(von Lourdes und Rubén, UNATSBO Potosí)

Mittwoch, 18. Dezember 2013:

Wir hatten beschlossen, gemeinsam mit der unabhängigen UNATSBO in La Paz eine Demonstration zu machen. Die unabhängige Gruppe hatten sich dafür schon vorher organisiert und wir schlossen uns dieser Demonstration an, um gemeinsam diesen harten Kampf gegen das Kinder- und Jugendgesetz zu führen, das in dieser Woche im Parlament ohne uns zu fragen debattiert und beschlossen worden war. Ohne uns, die wir die Stimme von einer Million arbeitender Kinder in Bolivien sind.

Als die Demonstration von der Avenida Unión gestartet war und an die Ecke der Potosí- und der Ayacucho-Straße in La Paz angekommen war, kam kurz vor der Plaza Murillo eine Gruppe Polizisten und Soldaten mit Equipment zur Aufstandsbekämpfung, die den arbeitenden Kindern und Jugendlichen, die mit friedlichen Absichten gekommen waren, um ihre Rechte zu verteidigen, das Weitergehen verwehrten. Die Kinder baten mit den verantwortlichen Autoritäten für das Kinder und Jugendgesetz reden zu können, als zwei von unseren Mitstreitern festgenommen wurden. Als die Kinder und Jugendlichen das sahen, schrien sie und weinten, und wir wurden so wütend, dass wir die Eisenbarrikaden, die uns am Weiterkommen hinderten, weggezogen haben. Da setzten die Polizisten Tränengas ein und die Kinder vorne wurden ebenso mit Tränengas vergiftet wie die Jugendlichen. Zwei Mädchen wurden so stark getroffen, dass sie mit einem Krankenwagen fortgebracht werden mussten.

Beim Zurückziehen der Barrikade gelang es drei von unseren Mitstreitern vorbeizukommen und zwar Rubén Gutiérrez (Potosí), Rayni Prada (Llallagua), Kevin Yucra (Oruro). Nur weil sie auf die Plaza Murillo gekommen waren, um mit den Autoritäten zu reden, wurden sie zusammen mit zwei Mitstreitern der unabhängigen UNATSBO festgenommen.

Es sei betont, dass wir niemanden angreifen wollten, wir wollten nur auf den Murillo-Platz, um zu reden. Aber die Polizisten machten sich lustig über uns und beschimpften uns "Llok'allas, was macht ihr hier, Kleisterschnüffler, Kriminelle, ihr habt doch ohnehin keine Ahnung". Dagegen haben wir reagiert und so ist es zu dem Handgemenge gekommen.

Danach kamen Personen von der Ombudsstelle (für Menschenrechte), um einen Dialog zwischen den arbeitenden Kindern und Jugendlichen und den Autoritäten zustande zu bringen. In ihren Räumlichkeiten hatten wir dann eine Sitzung mit zwei Abgeordneten, Javier Zabaleta und Ana María Sempertegui, die zur Kommission gehören, die für die Überarbeitung des Kinder- und Jugendgesetzes verantwortlich ist. Einmal am Tisch haben alle Mitstreiter über ihre Lebenswirklichkeit informiert und ihre Beschwerden vorgebracht. Am Ende einigte man sich auf ein neues Treffen am Freitag, um 15 Uhr, am gleichen Ort.

Donnerstag, 19. Dezember 2013:

Wir begannen mit einer gemeinsamen Mobilisierung aller und einigten uns darauf, zu den Massenmedien zu gehen, und damit auf dem Murillo Platz anzufangen. Dort wurden wir alle interviewt, wir haben unseren Vorschlag erläutert und unsere Ablehnung der Altersgrenze für Arbeit im Kinder- und Jugendgesetz ausgedrückt. Wir haben gesagt, dass unsere Stimme nicht gehört wird, die Meinung derjenigen, für die diese Rechte gelten sollen. "So verteidigen wir unsere Beteiligung an den Entscheidungen über Kinderarbeit."

Nach so viel Druck über die Massenmedien und unserem Drängen, mit den Autoritäten reden zu wollen, kam die Präsidentin des Senats, Gabriela Montaña, persönlich heraus, und bot uns eine Sitzung mit ihr in den Räumlichkeiten des Parlaments in einer halben Stunde an. Sie bat um die Namen derjenigen, die hineingehen würden. Da waren wir zufrieden und froh, weil wir der Meinung waren, endlich von den Autoritäten gehört zu werden. Wir haben uns dann kurz vorbereitet und sind friedlich in den Sitzungssaal gegangen.

Die Sitzung begann und die Mitstreiter erklärten den Autoritäten ihre Kriterien und Auffassungen und ihre Vorschläge. Diese zeigten ihrerseits die letzte Version des Kinder- und Jugendgesetzes, wo verankert sei, dass "die Bildung prioritär für die Entwicklung ist, und dass die Gesundheit für alle auch wichtig ist, und dass die Eltern arbeiten sollten, nicht die Kinder." Dies wurde so von der Senatorin Gabriela Montaña betont. Unsere Mitstreiter antworteten darauf, dass "die Arbeit eine unsere Stärken für unser Weiterkommen ist, weil wir damit unsere Ausgaben für die Schule, Kleidung und Essen decken und dass wir auch zur Wirtschaft des Landes und seiner Entwicklung insgesamt beitragen", wie Rubèn Gutiérrez Cruz aus Potosì feststellte. "Mir hat die Arbeit viel im Wirtschaftlichen geholfen, und ich habe meine Familie mit dem Verdienten unterstützt", sagte die Kollegin Scarlet Coca aus Cochabamba. "Mir hat die Arbeit auch sehr geholfen, die Ausgaben für die Schule zu decken. Und wenn ihr sagt, dass unsere Arbeiten gefährlich sind, dann solltet ihr etwas dafür tun, dass sich das ändert, und Möglichkeiten schaffen, unter guten Bedingungen zu arbeiten", meinte der Kollege Kevin Yucra aus Oruro. So haben sich die Kolleginnen und Kollegen ausgedrückt und eine andere Sicht der Arbeit dargelegt, als sie die Autoritäten haben.

In Bezug auf unsere Meinungen kommentierte die Senatorin Gabriela Montaña, dass sie "die Ursachen dafür ausrotten werden, die euch zur Arbeit zwingen." Sie würden auch Ausweise für die Kinder ausstellen, damit sie sich als Kinderarbeiter ausweisen können und kostenlos die öffentlichen Parks besuchen und Gesundheitsversorgung bekommen könnten. "Der Staat wird eine Zählung auf der Grundlage der Ausweisnummer machen, um herauszubekommen, wie viele Kinder arbeiten", und um ihnen den Zugang zum kostenlosen Gesundheitsprogramm für Mutter und Kind zu gewähren, das auf das Alter bis 18 ausgeweitet werden soll. All das stehe in der letzten Fassung des Gesetzentwurfes, sagten die Senatorin Gabriela Montaña und die Abgeordnete Ana María Sempertegui. Aber wir merkten an, das würde nur die angestellten Erwerbstätigen über 14 Jahre begünstigen, nicht die, die unabhängig arbeiten.

Im Blick auf das Thema lud uns die Senatorin persönlich zu einer erneuten Sitzung am 8. Januar 2014 um 9:00 Uhr, im Parlament ein, um das Thema Kinderarbeit zu debattieren. Es wurde ein Dokument verfasst, in dem wir bei Übereinstimmung mit dem Vorschlag bis zur Sitzung auf Protestmaßnahmen verzichteten.

Danach hatten wir wieder Interviews mit unterschiedlichen Medien, wo wir unser Einverständnis mit dem Vorschlag zum Ausdruck brachten.

Freitag, 20. Dezember 2013:

Der Tag begann mit einer Auswertung des Treffens. Wir vereinbarten auch, besser in Verbindung zu bleiben über die Skype-Sitzungen und für den 8. Januar auch die Organisationen aus Santa Cruz, Sucre und Tarija einzubeziehen, die bei diesen drei Aktionstagen nicht dabei waren.

Unsere Erwartungen an die Treffen mit dem Präsidenten Evo Morales und der Senatorin Gabriela Montaña:

Wir hoffen, dass wir in diesen Sitzungen wirklich ernstgenommen werden und gemeinsam mit den Autoritäten einen Artikel verfassen können, der allen arbeitenden Kindern und Jugendlichen in Bolivien zugute kommt.

Wir sind der Auffassung, dass jedes Gesetz auf der Grundlage der realen Verhältnisse und unter Beteiligung der Betroffenen formuliert werden soll: Nur so findet man Antworten auf die realen Probleme und Bedürfnisse der Bevölkerung, und in diesem Fall der arbeitenden Kinder und Jugendlichen. Wir sind nicht komplett gegen das Kinder- und Jugendgesetz. Wir erkennen an, dass es einige nützliche Artikel hat, wie der zur kostenlosen Gesundheitsversorgung. Wir denken jedoch, dass die Rolle und Beteiligung der Kinder und Jugendlichen selbst gefördert werden muss. Schließlich sind wir nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft des Landes. Deshalb sehen wir uns auch verpflichtet, bei der Ausgestaltung jedweden Gesetzes, das mit unseren Rechten zu tun hat, mitzuarbeiten.